

Fragen

für die Fragestunden

der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 16. Mai 1979

am Freitag, dem 18. Mai 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	14, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	14, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	8, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	11, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	2, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	13, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	13, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, in welchem Maß sich infolge der Energieverteuerung die Dieselmotorkraftstoffpreise in der Landwirtschaft in den einzelnen EG-Ländern erhöht haben, und wie kann sichergestellt werden, daß von daher keine Wettbewerbsverzerrungen auftreten?
2. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welche Butterverbilligungsaktionen laufen gegenwärtig in der Europäischen Gemeinschaft, und welche Überlegungen gibt es für weitere derartige Maßnahmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

3. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung mit der DDR über die gemeinsame Einführung der Sommerzeit gesprochen, und welches Ergebnis hatten gegebenenfalls diese Bemühungen?
4. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In welchem Umfang besitzt die „DDR“ oder ihr zuzurechnende Rechtsträger im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich West-Berlin) Grundvermögen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Trifft es zu, daß die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit bestimmten Entwicklungsländern bei der Einrichtung von sogenannten Bio-Gas-Projekten hilft, und wie schätzt die Bundesregierung bejahendenfalls diese Projekte ein?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
Berger
(Herne)
(CDU/CSU) Wann gedenkt die Bundesregierung, dem Innenausschuß den Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe vorzulegen, die gemäß Kabinettsbeschuß vom 16. März 1977 im Bundesinnenministerium mit dem Auftrag, der Bundesregierung Vorschläge zur Einebnung von Disparitäten in der Altersversorgung innerhalb des öffentlichen Dienstes zu unterbreiten, gebildet worden ist?
7. Abgeordneter
Berger
(Herne)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung auch der Meinung, daß die Ruhestandsbeamten, die ein Arbeitsleben lang dem Staat, und zwar überwiegend in den schwierigen Aufbaujahren nach dem letzten Krieg, mit vollem Einsatz gedient haben, unsere volle Fürsorge verdienen und daher mit Recht vordringlich die Beseitigung der schon vor vielen Jahren im Treuhandgutachten festgestellten Disparitäten fordern, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

8. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den von ihr vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Drucksache 8/2517) daraufhin noch einmal zu überprüfen, ob nicht in den Gesetzesentwurf ein stärkerer Rückgriff auf repräsentative Erhebungen verankert werden könnte und ob nicht zusätzlich auch eine Verpflichtung zur ständigen Rotation der in die Befragungen einbezogenen Firmen und eine stärkere Beschränkung der Informationswünsche auf das wesentliche eingebaut werden könnte?
9. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in den Entwurf des Bundesstatistikgesetzes noch zusätzliche Maßnahmen einzubauen, die als Gegenstück zur Meldepflicht einen schnelleren und brauchbareren Rückfluß der Ergebnisse durch die statistischen Behörden garantieren?
10. Abgeordneter
Jahn
(Marburg)
(SPD)
- Wie sichert die Bundesregierung — gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Landesregierungen — die systematische Beobachtung der Verbreitung von nationalsozialistischer Propaganda und deren Abwehr durch Anwendung der entsprechenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften?
11. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Trifft es zu, daß — trotz der Zusage der Bundesregierung vor etwa einem Jahr, 500 politische Gefangene aus Argentinien in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen — bisher kein einziger dieser Gefangenen bei uns eingetroffen ist, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls dieses für die Betroffenen sicher unerträgliche schleppende Verfahren?
12. Abgeordneter
Gattermann
(FDP)
- Entspricht es nach wie vor der Zielsetzung der Bundesregierung, Ärzten aus Ländern der Dritten Welt die Ausbildung zum Facharzt an deutschen Krankenhäusern zu ermöglichen?
13. Abgeordneter
Gattermann
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die unterschiedliche Handhabung in der Genehmigungspraxis der Behörden des Bundes und der Länder (Aufenthaltserlaubnis, Arbeitserlaubnis, Erlaubnis zur Ausübung des ärztlichen Berufs) im Sinne vorgenannter Zielsetzung zu vereinheitlichen?
14. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung angesichts der sich in letzter Zeit häufenden schweren Unfälle im Hochleistungssport die Möglichkeit und die Notwendigkeit, im Rahmen der sportwissenschaftlichen Forschung insbesondere die präventive Sportmedizin verstärkt zu fördern?
15. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU)
- Hat — und wenn ja, auf welchen Gebieten — die Bundesregierung in der finanziellen Förderung der Sportmedizin Schwerpunkte gesetzt?
16. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auf der nächsten Sitzung der deutsch-französischen Kommission für die Sicherung kerntechnischer Anlagen am 21./22. Mai 1979 in Paris die konkrete Forderung stellen, daß das französische Kernkraftwerk Cattenom an der deutschen Grenze nach dem erschwerten deutschen Sicherheitsstandard gebaut wird, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls bei einer Ablehnung dieser Forderung unternehmen?

- | | |
|---|---|
| 17. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung die Forderung, Kernkraftwerke nach dem Sicherheitsstandard der Bundesrepublik Deutschland zu errichten, auch schon wegen des grenznahen Baus anderer Kernkraftwerke, z. B. auf dem Territorium der DDR an der innerdeutschen Grenze und im Umfeld von Berlin, erhoben, und welches Ergebnis haben derartige Interventionen im einzelnen gebracht? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Lassen sich nach Auffassung der Bundesregierung mit der vom amerikanischen Gesundheitsminister Califano auf die im Umkreis des Kernkraftwerks bei Harrisburg lebende Bevölkerung angewandte Methode der statistischen Prognose von zusätzlichen Todesfällen durch Krebs als Folge geringer zusätzlicher Strahlendosen auch die Konsequenzen der Röntgendiagnostik und Nuklearmedizin in der Bundesrepublik Deutschland bestimmen, und falls ja, welches ist das Ergebnis? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) | Trifft es zu, daß psychisch Kranke, die verwahrt werden müssen, auf Grund eines Beschlusses der Innenministerkonferenz in Kriminaldateien des Bundes oder der Länder getrennt oder zusammen mit Kriminellen erfaßt werden oder erfaßt werden sollen, wie die Presse meldet? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) | Welcher kriminalpolitische Zweck wird mit einer solchen Erfassung gegebenenfalls verfolgt, und unter welchen Voraussetzungen werden die Daten psychisch Kranker wieder gelöscht? |
| 21. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) | Hat das Bundesamt für Verfassungsschutz — wie in der Presse (epd vom 9. Mai 1979) gemeldet wurde — in den vergangenen 17 Jahren Angehörige der Rundfunkanstalten Deutsche Welle und Deutschlandfunk Sicherheitsüberprüfungen unterzogen, und geschieht dies auch jetzt noch? |
| 22. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) | Auf welcher Rechtsgrundlage und in welchem Umfang erfolgten und erfolgen die Überprüfungen gegebenenfalls, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diese Praxis zu beenden? |
| 23. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | In welchem Umfang wurden Bundesbeamte in den Ministerien des Bundes während der Dienstzeit zur praxisnahen Verwendung zeitweise an nachgeordneten oder Behörden der Länder tätig? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|---|
| 24. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Was wird die Bundesregierung unternehmen, um gem. Artikel VIII der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit nicht weiterhin in Verletzung von Artikel II Buchstabe E dieser Konvention die gewaltsame Überführung der Kinder der deutschen Staatsangehörigen im Gebiet östlich von Oder und Neiße in die polnische Nationalität betrieben wird, um so mehr, als nach § 220a StGB entsprechende Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die Täter ohne Rücksicht auf den Tatort einzuleiten sind? |
|---|---|

25. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesjustizminister, nachdem die Volksrepublik Polen nach Bericht der polnischen amtlichen Nachrichtenagentur (BPA-Ostinformationen vom 29. März 1979) den zuständigen deutschen Justizbehörden in den Jahren 1973 bis 1978 Materialien für 895 Verfahren gegen nationalsozialistische Gewaltverbrecher, aber auch 130 000 Mikrofilmrahmen und über 28 000 andere Materialien zu Verfahren geliefert haben soll, nach dem Reziprozitätsprinzip und da Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Polen nicht verjähren, die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsergebnisse über die Morde an Deutschen in Lamsdorf wenigstens bei seinen letzten Gesprächen in Warschau in Beachtung der Gerechtigkeit auch gegenüber Deutschen den polnischen Behörden überreicht?
26. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Bedeutet die in der Antwort vom 14. März auf meine Frage Nr. 28 bekundete Absicht der Bundesregierung, die Einrichtung eines höchstrichterlichen Rechtsentscheids zu ermöglichen, sowie die Befürwortung der Einrichtung von Mieteinigungsstellen, daß die Bundesregierung entsprechende Gesetzesinitiativen vorlegen wird, und wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt ist mit solchen zu rechnen?
27. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit einer Vervollständigung der in dem Bericht der Bundesregierung vom 6. Mai 1976 (Drucksache 7/5160) gegebenen Hinweise zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

28. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP)
- Sind durch die Ölpreissteigerungen Steuermehreinnahmen von rund 1 Milliarde DM erzielt worden, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Steuermehreinnahmen zur Aufstockung eines Energieprogramms einzusetzen, dessen Schwerpunkte bei der Energieeinsparung, der rationellen Energieverwendung und der Förderung alternativer Energiequellen liegen?
29. Abgeordnete
Frau Funcke
(FDP)
- Beruhet das Vorgehen von Finanzämtern, bei Grundstückskäufen den Käufer mit einem Erklärungsformular aufzufordern, über die Herkunft der Mittel für den Kauf Auskunft zu geben, auf einer bundesrechtlichen Vorschrift oder Verwaltungsanweisung, und wenn ja, auf welcher?
30. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Was kann die Bundesregierung unternehmen, um dem alljährlich in Ferien- und Feiertagszeiten auftretenden Mißstand, der jetzt wieder zu Pfingsten ins Haus steht, endlich einmal wirksam zu begegnen, daß sich an den Grenzübergängen der Bundesrepublik Deutschland zu den europäischen Nachbarn lange Abfertigungsschlangen bilden, Autofahrer viel von ihrer Freizeit verlieren, ihre Nerven und die ihrer Familien strapazieren, Autoabgase statt frischer Luft atmen und der Verkehrsfunk unentwegt warnend über Wartezeiten an den Grenzen berichten muß, obwohl der Besuch beim Nachbarn im Zeichen des Europagedankens nur wünschenswert sein kann?
31. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, sich für die Einführung von Banknoten einzusetzen, die auch von Blinden sicher unterschieden werden können?

32. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) Hat der Bundesfinanzminister die Bedenken gegen die Ausweisung des Nürnberger Reichswalds als Bannwald und Landschaftsschutzgebiet entgegen der Antwort vom 17. Januar 1979 auf meine Anfragen Nummern 47 und 48 der Drucksache 8/2464 zurückgenommen, bzw. beabsichtigt er, diese Bedenken zurückzunehmen?
33. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Trifft es zu — wie „Der Spiegel“ Nr. 10/79 berichtet —, daß rechtskräftige Urteile des höchsten Finanzgerichts der Bundesrepublik Deutschland seitens der Finanzverwaltungen unbeachtet bleiben und die Finanzverwaltungen durch den Bundesfinanzminister sogar noch angewiesen werden, die Grundsätze der Urteile auch in Zukunft nicht anzuwenden, und wie begründet die Bundesregierung gegebenenfalls die Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens?
34. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage eines Sprechers des VW-Konzerns, nachdem die Serienproduktion eines von VW entwickelten treibstoffsparenden Turbodieselmotors gegenwärtig schon deshalb nicht interessant sei, weil Benzin noch nicht so teuer sei, daß ein „Zwang“ zum Bau von Sparautos bestehe?
35. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung der inzwischen in Konkurs gegangenen Baufirma Beton- und Monierbau noch vor kurzem eine Bürgschaft in Höhe von 50 Millionen DM gewährt, und wenn ja, was hat die Bundesregierung dazu veranlaßt, und welche Rolle spielte der ehemalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Mommsen, bei der Bürgschaftsvergabe?
36. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, damit die Verantwortlichen für die Bürgschaftsgewährung ermittelt und bei schuldhaftem Verhalten zur Verantwortung gezogen werden?
37. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Wie hoch ist nach Informationen der Bundesregierung das Aufkommen aus der sogenannten Bergbau-Altlast?
38. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Liegen für die Erhebung der Abgabe immer noch die gleichen Voraussetzungen wie bei ihrer Einführung vor zwölf Jahren vor, oder könnte nicht daran gedacht werden, im Zuge der gegenwärtig diskutierten Fördermaßnahmen für das Ruhrgebiet derartige Abgaben zu bereinigen und durch ein neues, umfassendes Konzept zu ersetzen?
39. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zum Anliegen von Sportverbänden, im Interesse der Förderung des Sports Spenden aus der Wirtschaft für sportliche Zwecke steuerlich wie wissenschaftliche Spenden zu behandeln, damit solche Spendenbeträge nicht mehr der Gewerbesteuer unterliegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

40. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit hält die Bundesregierung die Preissteigerung von leichtem Heizöl und Dieselmotorkraftstoff für ungerechtfertigt, und welche Maßnahmen gedenkt sie gegebenenfalls einzuleiten?

41. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Mineralölgesellschaften gegenüber den mittelständischen Mineralölhändlern ihre Zuteilungen rationiert und kontingentiert und damit den Wettbewerb weitgehend ausgeschaltet haben?
42. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Hat die Bundesregierung bereits geprüft, inwieweit die Methode Bio-Gas als alternativer Energieträger auch in der Bundesrepublik Deutschland einsetzbar wäre, und wie sieht bejahendenfalls das Ergebnis dieser Prüfung aus?
43. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Einfluß auf die aus öffentlichen Mitteln der EG bezahlte Werbung für die europäischen Direktwahlen durch Schausteller (z. B. 3000 DM für einen Tagesschausprecher), und hält die Bundesregierung gegebenenfalls diese Werbung für sinnvoll und die Wahlbeteiligung steigernd?
44. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur besseren Nutzung und zum Ausbau der Fernwärmeinfrastruktur ergriffen, und wie sind die Angebote der Bundesregierung hierfür genutzt worden?
45. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Worin sieht die Bundesregierung die Haupthemmnisse für den Ausbau der Fernwärmeinfrastruktur, und wie können nach ihrer Auffassung diese beseitigt werden?
46. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob — nachdem die USA den argentinischen Wunsch nach Beschaffung von Panzerfahrzeugen abgelehnt haben — die argentinische Regierung bei einem bundesdeutschen Unternehmen 200 Kampfpanzer vom Typ TAM bestellt hat, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung gegebenenfalls diesem Waffenexport zugestimmt?
47. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die argentinische Regierung bei demselben Unternehmen 300 Schützenpanzerausführungen des TAM bestellt hat, die in Argentinien gefertigt werden sollen, und über deren Weiterverkauf von Argentinien an die Volksrepublik China verhandelt wird, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Transaktion?
48. Abgeordneter
Coppik
(SPD) Auf Grund welcher gegebenen, nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz erforderlichen Genehmigungen konnten bis zu welchem Datum welche Raketen und Raketenteile für die Firma OTRAG in der Bundesrepublik Deutschland angefertigt und nach Zaire ausgeführt werden?
49. Abgeordneter
Coppik
(SPD) Auf Grund welcher wann gegebenen, nach der Außenwirtschaftsverordnung erforderlichen Genehmigung konnte die Firma OTRAG Ausrüstung für die Produktion von Raketenteilen in Zaire nach dort aus der Bundesrepublik Deutschland exportieren?

50. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD)
- Warum hat die Bundesanstalt für Materialprüfung in Berlin-Lichterfelde am 1. Mai 1979 neben der Bundesdienstflagge auch die Landesflagge von Berlin gesetzt, und teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß dies in der Öffentlichkeit hinsichtlich des Status dieser Bundesbehörde in Berlin (West) zu politischen Mißverständnissen führen könnte, und ist sie deshalb bereit, die Anstalt auf die Beachtung des Flaggenerlasses vom 28. August 1959 hinzuweisen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

51. Abgeordneter
Grobecker
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Ergebnisse und Erkenntnisse von Forschungsvorhaben über den Gesundheitsverschleiß bei Nacht- und Schichtarbeit vor, die geeignet sind, in Vorschriften und Verordnungen (z. B. Arbeitszeitforderung) übernommen zu werden, um die gesundheitlichen Belastungen durch Nacht- und Schichtarbeit bei Männern und bei Frauen zu mildern sowie die gesellschaftliche Benachteiligung der Arbeiterinnen beim Zugang zu qualifizierten gewerblichen Berufen zu beseitigen?
52. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung „dem verständlichen Anliegen von Arbeitnehmern auf Ausgleich von Verdienstaufschlägen während der Schneekatastrophen in Schleswig-Holstein“ — so Bundesminister Dr. Ehrenberg in seinem Brief vom 14. März 1979 — entsprechen, und wird sie, wie von ihr selbst angeregt, im Rahmen der 5. Novelle Ausgleichsmöglichkeiten für Lohnausfälle infolge von Naturkatastrophen in das Arbeitsförderungsgesetz aufnehmen, nachdem die Praxis gezeigt hat, daß nach dem derzeitigen Recht wegen fehlender Anspruchsvoraussetzungen der überwiegenden Zahl der betroffenen Arbeitnehmer weder mit Schlechtwetter- noch mit Kurzarbeitergeld geholfen werden konnte?
53. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe haben Arbeitnehmer nach den Schätzungen der Bundesregierung 1979 infolge der Schneekatastrophen in Norddeutschland Verdienstaufschläge erlitten, und wie hoch dürfte der Anteil der Betroffenen gewesen sein, der Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhielt, weil der Arbeitsplatz wegen des Schnees oder eines Fahrverbots nicht erreicht werden konnte?
54. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den jetzt in Australien lebenden ehemaligen deutschen Staatsbürgern, die in Deutschland Beiträge zur Rentenversicherung geleistet haben, bei Erreichen der für die Rentenzahlung erforderlichen Altersgrenze die an sich fälligen Rentenzahlungen zukommen zu lassen?
55. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Welche Vereinbarungen bestehen zwischen Deutschland und anderen Staaten, in denen ebenfalls große Gruppen ehemaliger deutscher Staatsbürger leben, um diese ehemaligen deutschen Staatsbürger und Beitragszahler zur Rentenversicherung in den Genuß von Rentenzahlungen kommen zu lassen, und sind ähnliche Vereinbarungen auch für die in Australien lebenden ehemaligen deutschen Staatsbürger beabsichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

56. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Entspricht es dem organisatorischen Konzept der Bundeswehr, daß von einem Kreiswehrrersatzamt Anfang April 1979 über 40 v. H. der Wehrpflichtigen in heimatferne Standorte einberufen wurden?
57. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Wie wird die Bundesregierung eine größere Wehrgerechtigkeit für Soldaten in heimatfernen Standorten herbeiführen, die höhere Ausgaben und längere Zeiten für ihre Heimfahrten aufwenden müssen und zum Teil mit öffentlichen Verkehrsmitteln ihre Heimorte an Wochenenden nur schwerlich erreichen?
58. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Erwägt die Bundesregierung für den Bereich der Bundeswehr aus einer Pressemitteilung der deutschen Ärzteschaft vom 21. März 1979 Konsequenzen zu ziehen, in der es u. a. heißt, „Ärzte sind der Meinung, daß Kinder im entscheidenden Entwicklungsalter von etwa sechs bis 16 Jahren möglichst nicht umgeschult werden sollten. Die Eltern werden aufgefordert, wenn irgend möglich, dafür zu sorgen, daß sie in dieser Zeit keinesfalls öfter als alle fünf Jahre versetzt werden, falls sie Berufen angehören, für die ein Standortwechsel von Zeit zu Zeit unvermeidlich ist.“?
59. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Wird der als Bordhubschrauber für die Fregatte 122 vorgesehene Hubschrauber „Sea Lynx MK II“ von politischer wie militärischer Seite äußerst negativ beurteilt, weil er unter anderem über zu kurze Flugdauer verfügt, als technisch veraltet gilt und den Grundsätzen der Standardisierung nicht gerecht wird, wie die Presse meldete?
60. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Zeichnet sich zwischen den „Sea Lynx“-Benutzern Großbritannien, Norwegen, Dänemark und den Niederlanden eine Zusammenarbeit in der Nutzungsphase ab, und wie groß ist der Fertigungsanteil für die deutsche Industrie, der sich auf ihre Beschäftigungssituation auswirkt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

61. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Vorschlag des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie, daß die z. T. nicht unbeträchtlichen Kosten bei der ersten Neuzulassung von Medikamenten auch auf die folgenden Zulassungen verteilt werden, und werden hierzu schon konkrete Modelle erarbeitet?
62. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß „viele Frauen sich die Alternative der Berufstätigkeit offen halten und der Rollenkonflikt zwischen Beruf und Kind dann oft zu Lasten der Familie gelöst“ wird, — wie in der Studie „Kinder — das unbequeme Glück“ der Zeitschrift „Eltern“ gesagt wird —, und wenn ja, wie will sie den Frauen helfen, diesen Konflikt zu bewältigen?

63. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Denkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang über Maßnahmen nach, die den Bevölkerungsrückgang beeinflussen können, wie z. B. psychologische Beeinflussung, medizinische Maßnahmen, finanzielle Maßnahmen (Geburtenprämien), Förderung der Einwanderung, und was tut die Bundesregierung, um das — so die „Eltern“-Studie — Negativimage kinderreicher Familien zu revidieren und um mehr Familien zu ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden?
64. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, von der Regelung des § 14 Abs. 1 des Jugendarbeitsschutzgesetzes abzuweichen und es zu ermöglichen, daß Auszubildende im Fleischerhandwerk bereits ab 6 Uhr im Betrieb beschäftigt und ausgebildet werden dürfen?
65. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung bisher einer entsprechenden Forderung des Deutschen Fleischerverbands, der auf die Schwierigkeiten deswegen im geltenden Jugendarbeitsschutzgesetz hingewiesen hat, nicht Rechnung getragen, zumal die derzeitige Situation für die Ausbildungsbetriebe des Fleischerhandwerks dadurch immer schwieriger wird?
66. Abgeordneter
Grobecker
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Ergebnisse und Erkenntnisse von Forschungsvorhaben über die vom Werkstoff Asbest verursachten Krankheiten vor, die die Feststellung amerikanischer Studien, wonach 13 bis 14 v. H. der Krebserkrankungen im Zusammenhang mit Asbest stehen sollen, erhärten, und welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung zum Abbau der Dunkelziffer bei Asbesterkrankungen?
67. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die häufigen Klagen der Pflegeeltern, daß nach geltendem Recht die leiblichen Eltern auch nach länger andauerndem Pflegeverhältnis jederzeit und ohne Angabe von Gründen die Herausgabe ihres Kindes von den Pflegeeltern verlangen können, und sieht die Bundesregierung in der Neuregelung des elterlichen Sorgerechts eine Lösung des Problems?
68. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Schwierigkeiten bekannt, die Pflegeeltern bzw. Jugendämter mit der Anforderung von Krankenscheinen bei der Krankenkasse des Unterhaltsverpflichteten haben, und ist die Bundesregierung erforderlichenfalls bereit, eine Änderung der Reichsversicherungsordnung mit dem Ziel vorzulegen, Pflegekindern die Familienhilfe durch die Krankenkasse ihrer Pflegeeltern gewähren zu lassen?
69. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Anrechnung bzw. Nichtanrechnung des Kindergelds auf das Pflegegeld in den Ländern und Gemeinden unterschiedlich gehandhabt wird, und hält die Bundesregierung die Anrechnung von Kindergeldzahlungen auf das Pflegegeld überhaupt für vertretbar?
70. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Ungerechtigkeiten abzubauen, die dadurch entstehen, daß das Pflegegeld in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich bemessen wird?

- | | |
|--|--|
| 71. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Kreise und Gemeinden für Pflegekinder Bekleidungsbeihilfe in unterschiedlicher Höhe gewähren, und wie könnte eine Vereinheitlichung erreicht werden? |
| 72. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) | Hält die Bundesregierung die Folgen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 31. März 1977 (Az. VC 22/77) für voll gerechtfertigt, daß in jedem Fall die Jugendhilfe nachrangig eintritt, wenn Enkelkinder bei Großeltern aufwachsen, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, Pflegegeldzahlungen durch den Jugendhilfeträger an Großeltern wenigstens in den Fällen sicherzustellen, in denen den leiblichen Eltern das Sorgerecht entzogen ist? |
| 73. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) | Wie weit sind die zu Beginn des Jahrs 1979 angekündigten Bemühungen der Bundesregierung gediehen, für sogenannte Haushaltsgifte kindergesicherte Flaschen- bzw. Behälterverschlüsse durch Rechtsverordnungen verbindlich vorzuschreiben? |
| 74. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung für geboten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, daß in manchen Diskotheken und Beatschuppen jedenfalls für Jugendliche der sogenannte Gedeckzwang abgebaut und der verbreiteten Unsitte begegnet wird, in diesen Lokalen an Jugendliche nichtalkoholische Getränke teurer als alkoholische zu verkaufen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|---|--|
| 75. Abgeordneter
Menzel
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang gefährliche Güter auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland transportiert werden, und gedenkt sie gegebenenfalls, gesetzliche Vorschriften für die Besetzung und Begleitung von Fahrzeugen zu erlassen, mit denen gefährliche Güter transportiert werden, für den Nachweis der Befähigung der Fahrer solcher Fahrzeuge, sowie Schutzvorschriften für das Personal? |
| 76. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) | Trifft es zu, daß die Forschungsgelder der Bundesanstalt für Straßenwesen in Köln zur Untersuchung des Problems der Verkehrssicherheit von Schulkindern gekürzt worden sind, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Kürzung angesichts der Tatsache, daß sich die Unfallrate der radfahrenden Kinder seit 1966 verdoppelt hat? |
| 77. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Stellt die Entscheidung des Verwaltungsrats der Deutschen Bundesbahn vom 26. April, bei der u. a. die Stilllegung des Personenverkehrs auf der Strecke Lauffen — Leonbronn abgelehnt wurde, eine endgültige Entscheidung dar, oder wird sich der Verwaltungsrat mit den am 26. April nicht zur Stilllegung freigegebenen Strecken erneut befassen? |
| 78. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung sich veranlaßt, den beabsichtigten Bau der Autobahn A 4 Olpe/Bad Hersfeld zu überprüfen, oder mißt sie diesem Projekt wie bisher hohe Priorität zu? |

79. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Warum werden Senioren, Gruppenreisende und Schüler beim DB-Bus-Verkehr schlechter gestellt als solche, die den Schienenverkehr benutzen können, so daß der genannte Personenkreis, insbesondere in den ländlichen Räumen, der häufig schon durch die Verlagerung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße eine Verschlechterung der Reisequalität hinnehmen mußte, auch noch finanziell durch höhere Fahrpreise benachteiligt wird, und bis wann gedenkt die Bundesregierung, dies zu ändern?
80. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wieviel vom Hundert liegen die Fahrpreise des DB-Bus-Verkehrs gegenüber dem Schienenverkehr bei den verschiedenen Kategorien von Reisenden und Gruppen höher?
81. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost Mitglieder eines Gemeinderats in Nordrhein-Westfalen in einer Gemeinde von ca. 35 000 Einwohnern ganztägig und ca. halbtägig von ihren Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bundespost für die Erfüllung der Aufgabe eines Gemeinderatsmitglieds freistellt, und wenn ja, worauf stützt sich dies?
82. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Laufzeiten von Päckchen bereits auf der Strecke Bonn — Ruhrgebiet drei bis vier Tage betragen, und gedenkt die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, um die Beförderung von Postgut zu verkürzen?
83. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß West-Berliner Fernsprechteilnehmern für Gespräche mit Ost-Berlin Gebühren berechnet wurden und werden, obwohl der angestrebte Gesprächskontakt überhaupt nicht zustande gekommen ist?
84. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU)
- Wenn ja, wieviel derartige Fälle sind bekannt geworden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

85. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten zur Beseitigung der Schwierigkeiten sieht die Bundesregierung, die sich bei der Vergabe von werkseigenen mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen an Werksangehörige daraus ergeben, daß deren Einkommen vielfach die zulässigen Grenzen bereits überschreiten?
86. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Inwieweit kommt nach Ansicht der Bundesregierung für die hier betroffenen Wohnungen insbesondere eine Freistellung nach § 7 des Wohnungsbindungsgesetzes in Betracht, und hält die Bundesregierung eine Regelung dahin gehend für vertretbar, die Belegungsbindungen speziell bei firmengebundener Gemeinnützigkeit zu lockern?
87. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für mit den Intentionen des Grundgesetzes vereinbar, wenn Makler (so z. B. eine Stuttgarter Maklerfirma) Wohnungen anschließend deutschen Familien zum Mieten anbieten, und wenn nein, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß auch auf dem Wohnungsmarkt ausländische Staatsbürger nicht diskriminiert werden?

88. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Nebenerwerbsmöglichkeit in der Landwirtschaft in Form der Aktion „Urlaub auf dem Bauernhof“ von den Bestimmungen des Bundesbaugesetzes im sogenannten Außenbereich her fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und wenn ja, welche Regelung schlägt die Bundesregierung bei der Novellierung des Bundesbaugesetzes für diesen Tatbestand vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

89. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- In welcher Form hat der Bundesforschungsminister den Beschluß des Ausschusses für Forschung und Technologie vom 15. November 1978 umgesetzt, wonach auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit in der vom Bundesforschungsministerium finanzierten deutschen Risikostudie auch qualifizierte Wissenschaftler einbezogen werden sollten, die der Nutzung der Kernenergie skeptisch gegenüberstehen?
90. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Herausgabe von Musik-Gesamtausgaben durch die wissenschaftlichen Akademien (wie z. B. die Schubert-, die Haydn- und die Mozart-Ausgabe) eine Aufgabe der deutschen Wissenschaft ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
91. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die VW-Stiftung ihre Förderung der Musiker-Gesamtausgaben zu Ende des laufenden Jahrs einstellen wird, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen, um die Finanzierung und damit die Fortführung dieser bedeutenden Projekte der wissenschaftlichen Akademien sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

92. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen mit § 15 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes, und erwägt sie eine Änderung dahin gehend, daß bei einer Kündigung während der Probezeit ein fachlich-sachlicher Grund angegeben werden muß?
93. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß vom Vosper-Büro Singapur in enger Zusammenarbeit mit den Hydrodynamik- und -Strukturspezialisten der Universitäten Berlin und Aachen eine 62-Meter-Schnellkorvette zum freien Verkauf auf dem Waffenweltmarkt entwickelt worden ist, und wie beurteilt die Bundesregierung eine solche Zusammenarbeit zwischen deutschen Universitäten und ausländischen Waffenproduzenten?
94. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Wie hat sich das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen für berufstätige Frauen im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft in den letzten Jahren entwickelt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung auch für Arbeitgeber, das Bereitstellen von Teilzeitarbeitsplätzen an Frauen attraktiver zu machen?

95. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Welches sind die Ursachen dafür, daß den Arbeitgebern die Beschäftigung zweier Halbtagskräfte teurer zu stehen kommt als die Beschäftigung einer Vollkraft, und hat die Bundesregierung Schritte in die Wege geleitet, diesem Zustand abzuhelpen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

96. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß das Magazin „Der Spiegel“ über jede Sitzung der Bundesregierung direkt und indirekt und gegebenenfalls unter Vorlage des Protokolls unterrichtet wird, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu tun?
97. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt der Bundeskanzler gegebenenfalls zu tun, um die Beratungen des Kabinetts mit dem gebotenen Maß an Vertraulichkeit durchzuführen?
98. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist Bundeskanzler Schmidt — wie die Presse meldete — mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht dahin gehend übereingekommen, das integrierte Entsorgungszentrum in Gorleben vorerst nicht zu bauen, weil es in der Bevölkerung nicht durchsetzbar sei, und wie ist bejahendenfalls eine solche Übereinkunft in Einklang zu bringen sowohl mit der Pflicht der Regierung, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie momentan unpopulär sind, als auch mit deutlichem Votum des Bundeskanzlers für die Nutzung der Kernenergie bei der Eröffnung der europäischen Nuklearkonferenz?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

99. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Sind die zur Durchführung des deutsch-polnischen und des deutsch-tschechoslowakischen Kulturabkommens vorgesehenen „Gemischten Kommissionen“ gebildet worden, und wie sind sie zusammengesetzt?
100. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welches sind die Gründe dafür, daß, laut Denkschrift des Vorstands des „Völkerbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge“, „alle Bemühungen um Kontakte mit den Behörden der Volksrepublik Polen leider bisher erfolglos blieben“, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt?
101. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die argentinische Regierung der Schweiz die Lagerung von Atommüll in Argentinien für den Fall angeboten hat, daß die Schweiz Argentinien beim Bau von Kernkraftwerken behilflich ist, und ist der Bundesregierung ebenfalls ein solches Angebot unterbreitet worden, weil sich auch die Bundesrepublik Deutschland mit Argentinien in Verhandlungen über die Lieferung und den Bau von Kernkraftwerken befindet?

102. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Zieht die Bundesregierung aus diesem von der Schweizer Botschaft in Bonn zwischenzeitlich bestätigten Angebot Argentiniens den Schluß, daß die Regierung Argentiniens den Verhandlungen mit der Schweiz gegenüber denen der Bundesrepublik Deutschland erste Präferenz einräumt?
103. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU)
- Hat UNO-Botschafter von Wechmar in einem Gespräch mit Generalsekretär Waldheim einen baldigen Einsatz der Soldaten der Bundeswehr im Rahmen der UNO nicht mehr ausgeschlossen, wie aus Pressemeldungen hervorgeht?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|------------------------------------|--|
| 1. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung zur Erhellung der vom Bundeskanzler vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Kiel über die anhaltende Gesetzesflut vertretenen Auffassung einige konkrete Beispiele geben dafür, daß der Gesetzgeber im Einzelfall „wirklich etwas zu viel“ getan habe? |
|------------------------------------|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|---|
| 2. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen
(SPD) | Warum wurde die Eröffnung der Bibliothek im neuen Gebäude des Goethe-Instituts in Tokio nicht in angemessenem Zeitraum zur Fertigstellung des Gebäudes geplant, um zu vermeiden, daß wertvoller Raum viele Monate leer steht (siehe meine Frage B 11, Drucksache 8/2763)? |
| 3. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) | Hat das Auswärtige Amt in der Sache Wuppermann (AZ 510-511-WL) die Auffassung vertreten, daß es nicht zu den Aufgaben des Generalkonsulats in Thessaloniki gehört, die Witwe ihres in Griechenland im Urlaub verstorbenen Ehemanns über die dort geltenden und bei einer Bestattung zu beachtenden Bestimmungen aufzuklären, und teilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Auffassung? |
| 4. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) | Kann die Bundesregierung auf Grund der vom Generalkonsulat gegenüber dem Auswärtigen Amt gegebenen Stellungnahme bestätigen, daß infolge der fehlenden Hilfe des Generalkonsulats die sterblichen Überreste des Verstorbenen gegen den Willen der Frau nicht bestattet, sondern an die Universitätsklinik in Thessaloniki zu wissenschaftlichen Zwecken übergeben worden sind? |
| 5. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) | Hat der Pressereferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern – wie „Die Welt“ vom 11. Mai 1979 meldete – in einer Zeitschrift die Ansicht vertreten, die Bundesrepublik Deutschland solle auf dem Wege einer Verfassungsänderung Abschied vom Wiedervereinigungsgebot nehmen, da durch dieses die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der europäischen Integration belastet werde, und wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesem Vorfall zu ziehen? |
| 6. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung dazu Stellung nehmen, daß die Bestimmungen der von den Ostblockstaaten ratifizierten Konvention über die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit in diesen Staaten, insbesondere in der Volksrepublik Polen, nicht angewendet werden dürfen, wenn – nach Beendigung der Kriegshandlungen und da nicht zuletzt Frauen und Kinder – die Opfer Deutsche sind? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

7. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
Wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten — entsprechend der Resolution des Chirurgenkongresses in München von Ende April 1979 — die Einbeziehung der Chirurgen und Krankenhäuser in den Katastrophenschutz fördern und bei der Aufstellung entsprechender Pläne und Übungen mitwirken?
8. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang im Jahr 1977 die Brände durch Brandstiftungen ausgelöst wurden, in welchem Umfang die Brandstiftungen aufgeklärt werden konnten, und wie groß der durch die Brandstiftungen verursachte Schaden ist?
9. Abgeordneter
Berger
(Herm)
(CDU/CSU)
Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen auf Grund des Ausschlusses von Sachleistungen einer Kranken-, Unfall- oder Rentenversicherung von der Beihilfe gemäß Nummer 3 Abs. 3 Satz 1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Beihilfen im Krankheits-, Geburts- und Todesfällen vom 1. Februar 1979 (Gemeinsames Ministerialblatt S. 67) bei den Beihilfeberechtigten finanzielle Einbußen eintreten können, und wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung diese finanzielle Schlechterstellung, und ist sie bereit, die Beihilfevorschriften zugunsten dieses Personenkreises zu ändern?
10. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD)
In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, daß das EG-Recht der beruflichen Niederlassungsfreiheit auch für die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Berufssportler aus anderen EG-Ländern verwirklicht wird und entsprechende Verbotsbestimmungen der Sportorganisationen aufgehoben werden?
11. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
Entspricht die personelle und materielle Ausstattung der Deutschen Welle und die daraus unmittelbar resultierende inhaltliche Qualität der Sendungen dem politischen Gewicht der Bundesrepublik Deutschland in der Welt und dem internationalen Standard der Sendungen vergleichbarer Rundfunkstationen — BBC, Voice of America und Stationen der aufstrebenden Entwicklungsländer —, und wie sieht die Bundesregierung die weitere Entwicklung?
12. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
Trifft es zu, daß Rißbildungen beim Siedewasserreaktor Philippsburg I entstanden sind, wie die Zeitschrift „Stern“, Ausgabe vom 3. Mai 1979, in dem Artikel „Ein Loch ist im Meiler“ ausführt, und welche Konsequenzen bezüglich der Sicherheit ergeben sich daraus?
13. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Vollzug der Trinkwasserverordnung in ländlichen Bereichen auf große Widerstände stößt, weil dort seit Jahrhunderten Trinkwasser aus eigenem Brunnen entnommen wird und die ständig wiederkehrenden jährlichen Überprüfungen neben unnötigem verwaltemäßigen Aufwand für die Betroffenen erhebliche Kosten mit sich bringen, und was spricht dagegen, eine Wiederholung der Untersuchung nur dort zu verlangen, wo sich Anhaltspunkte ergeben haben, daß die Qualität des Wassers nicht einwandfrei ist?

14. Abgeordneter
Regenspürger
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, verbesserte Arbeitsbedingungen für Beamte, die in Wechselschichten Dienst leisten, z. B. in der Form einzuführen, daß für Schichtdienstleistende die Altersgrenze für die Zuruhesetzung herabgesetzt oder die wöchentliche Arbeitszeit u. U. durch Zeitzuschläge verkürzt werden kann, bzw. Nachtdienstzeiten höher angerechnet werden oder durch eine bessere Urlaubsgewährung den besonderen körperlichen Mehrbelastungen Rechnung getragen wird?
15. Abgeordneter
Regenspürger
(CDU/CSU)
- Wenn ja, wann ist mit einer derartigen Neuregelung zu rechnen?
16. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Kann nach der Ankündigung des Bundesinnenministers auf einem FDP-Parteitag, die zivile Verteidigung werde künftig verstärkt ausgebaut, damit gerechnet werden, daß die Bundesregierung für das Haushaltsjahr 1980 eine spürbare Erhöhung der Haushaltsmittel für den Einzelplan 36 vorschlagen wird?
17. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Befindet sich der Katastrophenschutz in einem katastrophalen Zustand — wie der letzte Chirurgenkongreß in München meint —, wobei in praktisch allen Bereichen eine unzureichende Planung und Vorbereitung sowie eine unzulängliche Einbeziehung der Medizin festzustellen sei, und wie steht die Bundesregierung zu dem dort gemachten Vorschlag, die Bundeswehr fest in den Katastrophenschutz einzugliedern?
18. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche Anteile an der durchschnittlichen Belastung der Atemluft durch Kohlenmonoxid sowie karzinogenen und karzinogenverdächtigen Stoffen der Bevölkerung in den Ballungsgebieten aus den Kraftfahrzeugabgasen stammen, und welche Nachweise für die Gesundheitsgefährdung durch diese Schadstoffe es gibt?
19. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Inwieweit werden die Sportanlagen des Bundesgrenzschutzes (BGS) zum Training unserer Spitzensportler genutzt, und ist beabsichtigt, weitere Einrichtungen des BGS dafür zu verwenden?
20. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die DDR für Wirtschaftsspionage in der Bundesrepublik Deutschland jährlich mehr als 5 Millionen Mark ausgibt — wie die „Welt“ vom 27. April 1979 meldete —, oder wie hoch belaufen sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die jährlichen Aufwendungen der DDR für diesen Zweck?
21. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie hoch beziffert oder schätzt die Bundesregierung den wirtschaftlichen Vorteil, den die DDR-Wirtschaft durch Einsparung von Forschungs- und Entwicklungskosten auf Grund ihrer Industriespionage in westlichen Ländern, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, erzielt, und sind — wie die Presse meldete — dem Ministerium für Staatssicherheit in Ost-Berlin nach den Erkenntnissen der Bundesregierung im vergangenen Jahr 300 Millionen Mark aus der DDR-Wirtschaft zugeflossen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

22. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung erstrebenswert, die Handelsrichter hinsichtlich ihrer Entschädigungsvergütung den anderen ehrenamtlichen Richtern gleichzustellen, und würde die Bundesregierung zu diesem Zweck gegebenenfalls eine Streichung des § 107 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie eine Einbeziehung der Handelsrichter in das Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter befürworten?
23. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung eine verbesserte oder erweiterte gesetzliche Haftungsregelung in solchen Fällen für erforderlich, in denen ein im elterlichen Haushalt lebender geistesschwacher, aber nicht entmündigter Volljähriger einen Schaden verursacht, der bei bestehender Aufsichtspflicht und gehöriger Aufsichtsführung vermeidbar gewesen wäre, und wenn ja, wird sie entsprechende Konsequenzen ziehen?
24. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Hat die Bundesregierung im Sinn von Nummer 2 der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 1978 (Drucksache 8/1945) auf die Länder eingewirkt, damit rechtzeitig zum 1. Januar 1980 die für Asylverfahren zuständigen Verwaltungsgerichte bestimmt und die künftig zuständigen Richter in ihre Aufgaben eingeführt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

25. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Welche Auflagen hemmen den Einsatz von Altpapier und inwieweit wird überlegt, den Altpapiereinsatz zu fördern?
26. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Welche Überlegungen hat die Bundesregierung angestellt und welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um die Verwendung zurückgewonnener Rohstoffe steuerlich zu fördern?
27. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Angaben eines führenden Unternehmens auf dem Gebiet des Altpapiereinsatzes bestätigen, wonach durch Altpapier, das nicht auf dem Müll landet, Beseitigungskosten bis zu 100 DM je t eingespart werden können, und sieht sie Möglichkeiten im Sinne des Verursacherprinzips, den Altpapierhandel an diesen Ersparnissen teilhaben zu lassen, um die Verwendung von Altpapier zu fördern?
28. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Sind durch die Körperschaftsteuerreform 1977 Mindereinnahmen von rund 50 Millionen DM bei Stiftungen für gemeinnützige Wissenschaftsförderung verursacht worden, und will die Bundesregierung gegebenenfalls steuerliche Korrekturen vornehmen?
29. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist es denkbar, daß zum gleichen Zeitpunkt in einem Dienstort die Wohnungsbedarfslage für Angehörige der Bundeswehr sich von der für Angehörige der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost unterscheidet, so daß nach den Familienheimrichtlinien des Bundes für Bundesbedienstete des einen Bereichs ein Familienheimdarlehen abge-

lehnt werden muß, während der Antrag eines Bundesbediensteten aus einem anderen Bereich im selben Dienstort berücksichtigt werden kann, und – wenn dies zutrifft – was hat die Bundesregierung getan oder gedenkt sie zu tun, um eine unterschiedliche Behandlung von Bundesbediensteten bei der Wohnungsfürsorge zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|---|--|
| 30. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) | Betreiben die Mineralölmarkengesellschaften gegenüber den „Freien Tankstellen“ nach den Erkenntnissen der Bundesregierung unter Ausnutzung einer angeblichen Ölverknappung einen ruinösen Konkurrenzkampf, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls in ihrem Verantwortungsbereich dagegen zu tun? |
| 31. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Wie haben sich die Einnahmen aus Lizenzen und Patentverwertung der beiden Kernforschungsanlagen Jülich und Karlsruhe seit 1970 entwickelt, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um diese Einnahmen zu steigern? |
| 32. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Sind der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Waffenexportgeschäften der Firma „Euro-missile“ für die Raketen Hot, Milan und Roland Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (§ 4a) bekannt, und wenn nein, wann wurde die entsprechende Genehmigung zum Waffenhandel erteilt? |
| 33. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, vor der Verabschiedung des Entwurfs eines Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Drucksache 8/2517) durch den Deutschen Bundestag stichprobenweise Probebefragungen bei den durch die Bundesstatistik betroffenen Unternehmen durchzuführen mit dem Ziel zu ermitteln, welche zusätzliche und wettbewerbsverzerrende Sonderbelastung denjenigen Unternehmen unter Umständen zugemutet wird, die von den Bundesstatistiken betroffen werden? |
| 34. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, den von den repräsentativen Bundesstatistiken betroffenen Unternehmen einen Ausgleich für die Sonderbelastung zu gewähren und diese Ausgleichsverpflichtung bereits im Entwurf des Bundesstatistikgesetzes zu verankern? |
| 35. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe deutsche Werften in den letzten fünf Quartalen Schiffsbauaufträge erhalten haben, und wie beurteilt die Bundesregierung das jüngste Werfthilfeprogramm nach den bisherigen Erfahrungen? |
| 36. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) | Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung jetzt oder im überschaubaren Zeitraum in der Bundesrepublik Deutschland ein Mengenproblem im Bereich der Heizöl- und Benzinversorgung? |
| 37. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) | Auf welche Ursachen gehen nach Auffassung der Bundesregierung die enormen Preissteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Heizöl- und des Dieselmotorkraftstoffmarkts zurück? |

38. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß in der Bundesrepublik Deutschland ähnlich wie in den USA die Ölgesellschaften im ersten Quartal dieses Jahrs im Vergleich zum letzten Jahr zwei- bis dreistellige Gewinnraten zu verzeichnen haben, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die überhöhten Preisforderungen zu unterbinden?
39. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Billigt die Bundesregierung aus entwicklungspolitischen Gesichtspunkten die Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaften zur Einfuhrbeschränkung von Tapioka aus Thailand, nachdem es Thailand auf Grund der Lieferung dieses Futtermittels gelungen ist, gegenüber der EG einen Ausfuhrüberschuß zu erzielen?
40. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die EG Einfluß zu nehmen, um die Einfuhrbeschränkungen aufzuheben, um den 8 Millionen thailändischen Bauern, die von der Tapiokawirtschaft leben und 90 v. H. dieses Produkts ausführen, zu helfen?
41. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Hat Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff — wie die Wochenzeitung „Deutsche Zeitung/Christ und Welt“ meldete — erklärt, daß die Maifeiern des DGB weniger mit dem Tag der Arbeit zu tun hätten „als mit gemeinsamen Kundgebungen von SPD und DGB für die bevorstehenden Europawahlen“, und es seiner Meinung nach bedenklich sei, wenn der DGB „wie eine Untergliederung der SPD durch die Lande zieht und Maikundgebungen umfunktioniert“, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diesen Standpunkt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

42. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welches Ergebnis haben die von der Bundesregierung durch den Parlamentarischen Staatssekretär Gallus zugesagten Bemühungen zur Unterbindung der vor allem von den Niederlanden praktizierten Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der deutschen Erzeuger auf dem Eiermarkt nach dem heutigen Erkenntnisstand der Bundesregierung gezeitigt, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen ihren Erkenntnissen?
43. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die niederländische Regierung der niederländischen Geflügelwirtschaft Fördermaßnahmen zukommen läßt, die mit den EG-Richtlinien unvereinbar sind, und was hat die Bundesregierung zum Schutze der heimischen Geflügelwirtschaft dagegen unternommen?
44. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Entspricht es geltenden EG-Verordnungen, wenn abgepackte Eier lediglich mit einem Zahlencode gekennzeichnet sind, der es dem Verbraucher unmöglich macht, das Ursprungsland zu erkennen, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

45. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus anderen EG-Ländern, insbesondere aus den Niederlanden, unsortierte Eier in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt, hier abgepackt und dann als deutsche Eier auf den Markt gebracht werden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
46. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) In welcher Norm (Bundesrecht oder EG-Recht) wird die für die Gruppenhaltung von Kälbern vorgesehene frei verfügbare Mindestfläche in Abhängigkeit von der „Widerristhöhe“ nach der Formel $MF = 0,4 x^2 + 70 x + 2720$ geregelt, und sind für solche Normen deutsche Stellen unmittelbar oder mittelbar verantwortlich?
47. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Geht die Bundesregierung davon aus, daß die Landwirte die für Kälber vorgesehene Mindestfläche in der Praxis nach einer solchen Formel berechnen, oder was hält die Bundesregierung sonst von solchen Normen?
48. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das seuchenartige Auftreten einer Viruserkrankung bei Rindern, die unter der Bezeichnung IBR bzw. IBV (französische Grippe) bekannt geworden ist und zum Verenden von zahlreichen Tieren mit großer Schadensfolge für die betroffenen Landwirte führte, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, diese seuchenartige Erkrankung nunmehr gezielt zu bekämpfen bzw. sie, da sie nach dem Seuchengesetz nicht meldepflichtig ist, als Seuche analog dem Tierseuchengesetz anzuerkennen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

49. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Hat die Bundesregierung für den Abschluß der Vorarbeiten einer revidierten Fassung einer Kabinettsvorlage für ein „Künstlersozialversicherungsgesetz“ in hinreichendem Umfang auch Künstler und Schriftsteller, also die direkt Betroffenen, bzw. ihre Verbandsvertreter — etwa nach dem französischen Vorbild, durch das auf Grund eines Erlasses vom 25. Oktober 1977 deren mehrheitliche Mitwirkung am federführenden Ausschuß gesichert wurde — zur Mitwirkung herangezogen?
50. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Ergebnisse der Projektgruppe „Kulturecht“ der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., die unter Leitung der Autoren des „Berichts der Bundesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der künstlerischen Berufe (Künstlerbericht)“ (Drucksache 7/3071) steht, in ihrer Vorlage für den Deutschen Bundestag zu berücksichtigen?
51. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Ist die Abwicklung der Anerkennungsverfahren von Kriegsdienstverweigerern — wie der Deutsche Caritasverband meint — derart schleppend und unbefriedigend, daß bei der Caritas gegenwärtig 40 v. H. des Angebots von Zivildienstplätzen unbesetzt sind, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diese Situation zu verbessern?

- | | |
|---|---|
| 52. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) | Wieviel der insgesamt vorhandenen Zivildienstplätze für die Kriegsdienstverweigerer sind in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig nicht besetzt? |
| 53. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Hat sich die Auffassung des Bundesarbeitsministeriums bestätigt, daß wegen des Fahrverbots während der Schneekatastrophe in Norddeutschland eventuelle Staatshaftungsansprüche in Betracht kommen, und wenn ja, welche Konsequenzen werden hieraus gezogen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 54. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß beispielsweise am 21. November vergangenen Jahrs drei Bundesminister am gleichen Tag jeweils in einer eigenen Luftwaffenmaschine von Brüssel nach Bonn flogen, und wenn ja, wie ist dies mit § 2 der vom Bundesverteidigungsminister erlassenen Richtlinien für die Benutzung der Militärflugzeuge durch Zivilisten unter Berücksichtigung der §§ 7 und 34 BHO zu vereinbaren? |
| 55. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Haben die zuständigen Dienststellen des Bundes einem Mitarbeiter des SPD-Parteivorstands die Benutzung einer Luftwaffenmaschine gestattet, und wenn ja, aus welchen Gründen? |
| 56. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) | Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, Verbesserungen des Stellenvorbehalts und Stellenschlüssels (§ 8 des Soldatenversorgungsgesetzes) sowie die Arbeitslosenversicherung für Zeitsoldaten analog zum Entwicklungshelfermodell bei der Beratung des Siebten Gesetzes zur Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes im Interesse der Fürsorge durchzuführen? |
| 57. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Welche einmaligen und laufenden Kosten würde die Verwirklichung des im Bundesverteidigungsministerium in Ausarbeitung befindlichen Konzepts eines zentralen Militärmuseums in Koblenz-Ehrenbreitstein verursachen, und welche weiteren Schritte sind in dieser Richtung geplant? |
| 58. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Welche Rolle ist im Rahmen dieses Konzepts dem Militärgeschichtlichen Museum Rastatt zugeordnet, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die dort lagernden, vielfach ungenutzten militärgeschichtlichen Gegenstände museumsgerecht der Öffentlichkeit darbieten zu können? |
| 59. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Hält die Bundesregierung die 1975 durch Erlaß festgelegten Umbaumaßnahmen bei den Energieversorgungszentralen in den Kasernen der Bundeswehr von Kohle auf Öl in Anbetracht der derzeitigen und zukünftig zu erwartenden Energiesituation für gerechtfertigt? |
| 60. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, diesen Erlaß zurückzunehmen und anderen alternativen Energieträgern den Vorzug zu geben? |

61. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Ist zwischenzeitlich im Hinblick auf eine Sanierung des Wehrgeschichtlichen Museums in Rastatt eine Gesamtkonzeption für die Neuordnung des Museumswesens der Bundeswehr erarbeitet worden, wie sieht die Gesamtkonzeption gegebenenfalls aus, und werden durch diese Neuordnung Bestand und Sanierung des Wehrgeschichtlichen Museums berührt?
62. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Welche Ergebnisse haben die angekündigten Gespräche zwischen Bundesverteidigungsministerium und Bundesfinanzministerium über die bereits zugesagte Finanzierung eines weiteren Ausbaus des Wehrgeschichtlichen Museums erbracht, oder wie stellt sich gegebenenfalls der Stand der Verhandlungen dar?
63. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) In welcher Weise werden die gemeinsamen räumlichen Belange der im Rastatter Schloß untergebrachten Museen — Wehrgeschichtliches Museum und Freiheitsmuseum — gemäß den Verwaltungsabkommen zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Bundesrepublik Deutschland konzeptionell berücksichtigt und haushaltsmäßig — kurz- und mittelfristig — abgesichert?
64. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Welche Absichten hat die Bundesregierung hinsichtlich der Einberufung eines Kuratoriums beim Wehrgeschichtlichen Museum?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

65. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie soll, nachdem die Pockenschutzimpfpflicht in der Bundesrepublik Deutschland für Deutsche aufgehoben wurde, nach Meinung der Bundesregierung bei Kindern aus Gastarbeiterfamilien verfahren werden, in deren Heimatländern weiterhin die Pockenschutzimpfpflicht besteht?
66. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bundesgesundheitsamt am 20. Juli 1978 eine Betriebsfeier durchgeführt hat, und ist bekannt, ob alle Angehörigen des Bundesgesundheitsamts mit diesem Zeitpunkt einverstanden waren?
67. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) War mit der Wahl des Zeitpunkts für die Betriebsfeier eine politische Aussage beabsichtigt, und wenn ja, welche?
68. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung die von Medizinern erhobene Forderung, eine allgemeine Schutzimpfung von Mädchen im Alter zwischen 9 und 14 Jahren gegen Röteln gesetzlich vorgeschrieben, aufgreifen, und gewinnt diese Forderung nicht an Bedeutung, wenn z. Z. in einigen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland Rötelerkrankungen nahezu in Form einer Epidemie auftreten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

69. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Welche zeitlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung im Blick auf den hochwasserfreien Ausbau der B 42 im Abschnitt (Neuwied) – Fahr – Irlich, nachdem der Grundstückserwerb abgeschlossen ist und der Baubeginn für das Jahr 1979 in Aussicht gestellt worden war?
70. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung beim Bau der Bundesautobahn A 39 bereit, die Erschließung des Naherholungsbereichs Elm-Lappwald dadurch zu fördern, daß zwischen den Gemeinden Schandelah und Hordorf bei Kreuzung der K 44 eine Auffahrt bzw. Ausfahrt eingerichtet wird?
71. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Erkennt die Bundesregierung die Erforderlichkeit einer solchen Auffahrt bzw. Ausfahrt mit Rücksicht darauf an, daß auf diesem Weg die aus Braunschweiger Kasernen kommenden Bundeswehreinheiten ihr Übungsgelände bei Hordorf über die Bundesautobahn aufsuchen können, ohne unnötig die Land- und Kreisstraßen zu belasten?
72. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU) Bis zu welchem Alter versehen durchschnittlich die Lokomotivführer der Deutschen Bundesbahn ihren Dienst?
73. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen der Umschulung werden für die Lokomotivführer ergriffen, die aus Dienstuntauglichkeit aus dem Fahrdienst ausscheiden?
74. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU) Welche Kosten werden für diese Maßnahmen aufgewandt, und welche Kosten würden durch eine frühzeitige Pensionierung entstehen?
75. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU) Plant die Bundesregierung die Schaffung der Möglichkeit jener frühzeitigen Pensionierung von Lokomotivführern, die für die Ausübung dieser Tätigkeit dienstuntauglich geworden sind?
76. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der Fahrpreisermäßigung für kinderreiche Familien durch die Deutsche Bundesbahn auch verheiratete Kinder berücksichtigt werden sollten, für die Eltern unterhaltspflichtig sind und Kindergeld erhalten, und wenn ja, wird sie sich dafür einsetzen?
77. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit des Baus der Bundesautobahn A 4 zwischen dem Autobahnkreuz Wenden und dem Autobahndreieck Hattenbach?
78. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Auffassung des Landes Hessen zu diesem Autobahnprojekt bekannt, und wenn ja, welche Meinung vertritt die Bundesregierung dazu?
79. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Erkennt die Bundesregierung die Notwendigkeit des Baus der A 48 (Westerwald-Autobahn) an?

80. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Wird die Bundesregierung bei der zweiten Überprüfung des Bedarfsplans für den Ausbau der Bundesfernstraßen für die Bundesautobahn A 48 eine günstigere Dringlichkeitseinstufung vorsehen?
81. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Trifft es zu, daß im Verfahrensgang bereits weit fortgeschrittene Planfeststellungsverfahren für den Bau der B 31 (neu) im Raum Kressbronn, welche sich nach dem derzeit geltenden Bedarfsplan für den Ausbau der Bundesfernstraßen in der höchsten Dringlichkeit befindet, bis in den Spätherbst hinein gestoppt worden ist, ist diese Maßnahme gegebenenfalls mit dem Bundesverkehrsminister abgestimmt, und bedeutet dies, daß die Bundesregierung nicht mehr an der erstdringlichen Realisierung dieser Straßenbaumaßnahme festhält?
82. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Liegen im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für die Fortschreibung des Bedarfsplans für den Ausbau von Bundesfernstraßen der Bundesregierung bereits jetzt Erkenntnisse vor, die eine Prioritätenverschiebung von der B 31 (neu) zur A 98 als so wahrscheinlich erscheinen lassen, daß eine Aussetzung oder gar Einstellung des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 (neu) im Raum Kressbronn gerechtfertigt erscheint?
83. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Sind bei den weiteren Planungen hinsichtlich einer Ortsdurchfahrt in Teisendorf im Zuge der B 304 bereits wesentliche Fortschritte erzielt worden, und wie ist der momentane Stand sowie die weitere Terminplanung?
84. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche organisatorischen Konsequenzen ergeben sich für die Dienststellen der Deutschen Bundesbahn nach der am 1. August 1979 erfolgenden Auflösung der Stadt Lahn und des Lahn-Dill-Kreises in den neu entstehenden Landkreisen Gießen und Wetzlar-Dillenburg?
85. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche organisatorischen Konsequenzen ergeben sich für die Dienststellen der Deutschen Bundespost nach der am 1. August 1979 erfolgten Auflösung der Stadt Lahn und des Lahn-Dill-Kreises in den neu entstehenden Landkreisen Gießen und Wetzlar-Dillenburg?
86. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Ist die Deutsche Bundespost bereit, in denjenigen Ortsteilen von Gemeinden öffentliche Fernsprechkabellen zu errichten, wo kein öffentlicher Fernsprecher mehr, z. B. wegen der Schließung der Poststelle, zur Verfügung steht?
87. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Kann die Bundesregierung die extrem hohen vorzeitigen Zurrufesetzungsraten (um 50 v. H.) im unteren und mittleren Dienst bei der Betriebsverwaltung der Deutschen Bundespost bestätigen, und wenn ja, welches sind die Gründe hierfür und wie sehen die aktuellen Daten aus?
88. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Trifft dieser Tatbestand auch für die Betriebsverwaltung der Deutschen Bundesbahn zu?

89. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung eine mögliche Änderung der Arbeitszeitordnung und anderer, die Arbeitszeit betreffenden gesetzlichen Regelungen, hinsichtlich einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeiten für das Hotel- und Gaststättengewerbe, um so dem Verbraucherinteresse und den Bedürfnissen des Gewerbes an einem umfassenden Service gerecht zu werden?
90. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung, nach der Einführung des Buß- und Bettags als Feiertag auch in Bayern nunmehr den Feiertagstarif im Fernsprechnetz der Deutschen Bundespost für diesen Tag in der gesamten Bundesrepublik Deutschland einzuführen?
91. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Für welchen Zeitpunkt ist beabsichtigt, der Stadt Bonn eine neue Vorwahlnummer zuzuteilen, und welche zwingenden Gründe sprechen für eine solche Maßnahme?
92. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, dem Beschluß der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 20. April 1978 Rechnung zu tragen, der im wesentlichen die Forderung enthält, die Fernsprechnahbereiche so auszugestalten, daß alle Fernsprechteilnehmer eines von den Ländern festgelegten zentralörtlichen Verflechtungsbereichs mittlerer Stufe, in denen sich im wesentlichen die Lebens- und Arbeitsbeziehungen vor allem auch der ländlichen Bevölkerung abspielen, das zugehörige Mittelzentrum im Fernsprechnahverkehr erreichen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

93. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die unterschiedliche Definition der Betriebskosten nach der Neubaumietenverordnung und nach der Zweiten Berechnungsverordnung in der Praxis — insbesondere wenn die beiden unterschiedlichen Vorschriften auf verschiedene Wohnungen im gleichen Haus angewandt werden müssen — erhebliche Unzuträglichkeiten und belastender Verwaltungsaufwand entstehen, und denkt sie an eine Vereinheitlichung?
94. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie groß in der Bundesrepublik Deutschland der durchschnittliche jährliche Landverbrauch durch infrastrukturelle Maßnahmen wie Straßenbau, Siedlungsbau, zunehmender Städtebau und Energieanlagenbau ist, und welche soziologischen Gruppen von diesem Landverbrauch besonders betroffen sind, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?
95. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- In welchem Maß partizipieren Landwirtschaft und ländlicher Raum an den wohnungs- und städtebaulichen Förderungsmaßnahmen des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, und wie ist etwa das prozentuale Verhältnis dieses Mitteleinsatzes zwischen Stadt und Land?

- | | |
|---|---|
| 96. Abgeordneter
Paintner
(FDP) | Ist der Bundesregierung bekannt, welche Länder neben der agrarstrukturellen Gemeinschaftsaufgabe zusätzliche eigene Programme zur einzelbetrieblichen Förderung haben, und welche Programme sind das? |
| 97. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, Baugenehmigungsverfahren zu entbürokratisieren, und welche Ergebnisse hat sie dabei im Zusammenwirken mit den Bundesländern erreicht? |
| 98. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | Wurden die vom Bund gewährten Mittel zur Durchführung von Wohnungsbauprogrammen zur Unterbringung von Spätaussiedlern in den vergangenen Jahren jeweils ausgeschöpft, und wenn nein, durch welche Länder nicht? |
| 99. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | Welche finanziellen Hilfen zur Durchführung von Wohnungsbauprogrammen erhalten im Jahr 1979 die einzelnen Bundesländer? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

- | | |
|---|---|
| 100. Abgeordnete
Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) | Verlangt der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen von Angestellten, die in eine der Vergütungsgruppen VI b bis III der Anlage I a zum Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) höhergruppiert werden sollen, eine Prüfung, die vor einer Prüfungskommission abzulegen ist? |
| 101. Abgeordnete
Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) | Wie vereinbart sich dieses Verfahren gegebenenfalls mit dem § 25 BAT, der das Prüfungserfordernis nur für Angestellte im Kommunaldienst vorsieht, und ist die Bundesregierung bereit, für eine Gleichbehandlung der genannten Angestellten mit den Angestellten im übrigen Bundesdienst zu sorgen, von denen eine solche Prüfung nicht verlangt wird? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

- | | |
|--|---|
| 102. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | In welchem Umfang hat die Bundesregierung die Risiken regenerativer Arten von Energieerzeugung und Umwandlung untersuchen lassen, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Untersuchungen über die Risiken der Solarenergie, die zum Ergebnis haben, daß die Solarenergie bezogen auf die Energieeinheit ein viel größeres Gefährdungspotential für die Bevölkerung aufweist als die Kernenergie (z. B. IAEA-Bulletin 21/1979, 1, S. 13)? |
|--|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

- | | |
|---|--|
| <p>103. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)</p> | <p>Trifft es zu, daß das Bundeswissenschaftsministerium nicht bereit ist, die den Trägern der überbetrieblichen Ausbildungsstätten im Baugewerbe seitens der Zusatzversorgungskasse des Deutschen Baugewerbes (Wiesbaden) gewährten Darlehen als Eigenmittel im Sinne der Richtlinien zur Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten (Ausgabe 1973) anzuerkennen?</p> |
| <p>104. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)</p> | <p>Ist die Bundesregierung für den Fall, daß die vorstehende Annahme richtig ist, bereit, geeignete Schritte mit dem Ziel zu unternehmen, daß die ausschließlich von den Arbeitgebern des Baugewerbes aufgebrachten Mittel der Zusatzversorgungskasse des Deutschen Baugewerbes (Wiesbaden) als Eigenmittel im Sinne der Richtlinien zur Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten (Ausgabe 1973) anerkannt werden?</p> |

Bonn, den 11. Mai 1979